

Quelle: <https://www.arbeitssicherheit.de//document/8cbafa7b-e799-37f8-b9e4-3338faf89bc3>

Bibliografie	
Titel	Arbeitsgerichtsgesetz
Redaktionelle Abkürzung	ArbGG
Normtyp	Gesetz
Normgeber	Bund
Gliederungs-Nr.	320-1

§ 98 ArbGG - Entscheidung über die Wirksamkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung oder einer Rechtsverordnung

(1) In den Fällen des [§ 2a Absatz 1 Nummer 5](#) wird das Verfahren eingeleitet auf Antrag

1. jeder natürlichen oder juristischen Person oder
2. einer Gewerkschaft oder einer Vereinigung von Arbeitgebern,

die nach Bekanntmachung der Allgemeinverbindlicherklärung oder der Rechtsverordnung geltend macht, durch die Allgemeinverbindlicherklärung oder die Rechtsverordnung oder deren Anwendung in ihren Rechten verletzt zu sein oder in absehbarer Zeit verletzt zu werden.

(2) Für Verfahren nach [§ 2a Absatz 1 Nummer 5](#) ist das Landesarbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Behörde ihren Sitz hat, die den Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt hat oder die Rechtsverordnung erlassen hat.

(3) ¹Für das Verfahren sind [§ 80 Absatz 1](#), [2 Satz 1](#) und [Absatz 3](#), [§§ 81](#), [83 Absatz 1](#) und [2 bis 4](#), [§§ 83a](#), [84 Satz 1 und 2](#), [§ 91 Absatz 2](#) und [§§ 92 bis 96](#) entsprechend anzuwenden. ²Für die Vertretung der Beteiligten gilt [§ 11 Absatz 4](#) und [5](#) entsprechend. ³In dem Verfahren ist die Behörde, die den Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt hat oder die Rechtsverordnung erlassen hat, Beteiligte.

(4) ¹Der rechtskräftige Beschluss über die Wirksamkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung oder einer Rechtsverordnung wirkt für und gegen jedermann. ²Rechtskräftige Beschlüsse von Gerichten für Arbeitssachen im Verfahren nach [§ 2a Absatz 1 Nummer 5](#) sind alsbald der obersten Arbeitsbehörde des Bundes in vollständiger Form abschriftlich zu übersenden oder elektronisch zu übermitteln. ³Soweit eine Allgemeinverbindlicherklärung oder eine Rechtsverordnung rechtskräftig als wirksam oder unwirksam festgestellt wird, ist die Entscheidungsformel durch die oberste Arbeitsbehörde des Bundes im Bundesanzeiger bekannt zu machen.

(5) ¹In den Fällen des [§ 2a Absatz 1 Nummer 5](#) findet eine Wiederaufnahme des Verfahrens auch dann statt, wenn die Entscheidung über die Wirksamkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung oder einer Rechtsverordnung darauf beruht, dass ein Beteiligter absichtlich unrichtige Angaben oder Aussagen gemacht hat. ²[§ 581 der Zivilprozessordnung](#) findet keine Anwendung.

(6) ¹Hängt die Entscheidung eines Rechtsstreits davon ab, ob eine Allgemeinverbindlicherklärung oder eine Rechtsverordnung wirksam ist und hat das Gericht ernsthafte Zweifel nichtverfassungsrechtlicher Art an der Wirksamkeit der Allgemeinverbindlicherklärung oder der Rechtsverordnung, so hat das Gericht das Verfahren bis zur Erledigung des Beschlussverfahrens nach [§ 2a Absatz 1 Nummer 5](#) auszusetzen. ²Setzt ein Gericht für Arbeitssachen nach Satz 1 einen Rechtsstreit über den Leistungsanspruch einer gemeinsamen Einrichtung aus, hat das Gericht auf deren Antrag den Beklagten zur vorläufigen Leistung zu verpflichten. ³Die Anordnung unterbleibt, wenn das Gericht die Allgemeinverbindlicherklärung oder die Rechtsverordnung nach dem bisherigen Sach- und Streitstand für offensichtlich unwirksam hält oder der Beklagte glaubhaft macht, dass die vorläufige Leistungspflicht ihm einen nicht zu ersetzenden Nachteil bringen würde. ⁴Auf die Entscheidung über die

vorläufige Leistungspflicht finden die Vorschriften über die Aussetzung entsprechend Anwendung; die Entscheidung ist ein Vollstreckungstitel gemäß [§ 794 Absatz 1 Nummer 3 der Zivilprozessordnung](#). ⁵Auch außerhalb eines Beschwerdeverfahrens können die Parteien die Änderung oder Aufhebung der Entscheidung über die vorläufige Leistungspflicht wegen veränderter oder im ursprünglichen Verfahren ohne Verschulden nicht geltend gemachter Umstände beantragen. ⁶Ergeht nach Aufnahme des Verfahrens eine Entscheidung, gilt [§ 717 der Zivilprozessordnung](#) entsprechend. ⁷Im Falle des Satzes 1 sind die Parteien des Rechtsstreits auch im Beschlussverfahren nach [§ 2a Absatz 1 Nummer 5](#) antragsberechtigt.